

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

Gesetzentwurf der Abgeordneten Franz Maget, Harald Güller, Dr. Thomas Beyer u.a. und Fraktion (SPD), Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger und Fraktion (FW), Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/76

zur Änderung des Bayerischen Rundfunkgesetzes und des Bayerischen Mediengesetzes

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. In § 1 werden die Worte „zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 2007 (GVBl. S. 903)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (GVBl. S. 975)“ ersetzt.
2. In § 2 werden die Worte „zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 10. Dezember 2007 (GVBl. S. 903)“ durch die Worte „zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2008 (GVBl. S. 975)“ ersetzt.
3. § 3 erhält folgende Fassung:

„§ 3

Inkrafttreten, Übergangsbestimmung

- (1) Dieses Gesetz tritt am in Kraft.
- (2) Für die Vertreter des 16. Landtags im Rundfunkrat und im Medienrat gelten die bisherigen Bestimmungen.“

Berichterstatter: **Prof. Dr. Michael Piazzolo**
Mitberichterstatterin: **Dr. Annette Bulfon**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 3. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Gesetzentwurf in seiner 6. Sitzung am 19. Februar 2009 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Enthaltung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Enthaltung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Gesetzentwurf in seiner 7. Sitzung am 19. Februar 2009 endberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FW: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FDP: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass in § 3 Abs. 1 als Datum des Inkrafttretens der „1. Mai 2009“ eingefügt wird.

Bernd Sibler
Vorsitzender